

Europäisches Parlament erklärt Zugang zum Schwangerschaftsabbruch zum Menschenrecht

(<https://www.politico.eu/article/meps-adopt-divisive-text-on-abortion/>)

Der Schritt ist ein Versuch, Ländern wie Polen und Malta entgegenzutreten, in denen die Rechte der Frauen eingeschränkt werden.



Das Europäische Parlament verabschiedete am Donnerstag mühelos eine spaltende Resolution, die den sicheren Zugang zu Abtreibung als Menschenrecht proklamiert - ein Versuch, Länder wie Polen und Malta zu konfrontieren, in denen die Rechte von Frauen eingeschränkt werden.

Die Resolution fordert die EU-Länder auf, anzuerkennen, dass jede Einmischung in den Zugang zu Verhütungsmitteln, Fruchtbarkeitsbehandlungen, Mutterschaftsbetreuung und Abtreibung "Menschenrechtsverletzungen darstellen". Sie fordert die Länder auf, "jeden Versuch zu verurteilen, den Zugang zu diesen Dienstleistungen zu beschränken".

Die Maßnahme wurde mit 378 Ja-Stimmen und 255 Nein-Stimmen angenommen.

Der Text - verfasst von Predrag Fred Matić, einem kroatischen sozialdemokratischen Abgeordneten - kritisiert auch die sogenannte "Gewissensklausel", die es Ärzten erlaubt, den Zugang zu Abtreibungen zu verweigern, wenn sie nicht daran glauben. Die Verweigerung von Abtreibungen "aus Gründen der Religion oder des Gewissens", so der Text, "gefährdet das Leben und die Rechte der Frauen."

Die Maßnahme - die der Parlamentsausschuss für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter im Mai mit überwältigender Mehrheit unterstützte - zielt in erster Linie auf Länder wie Polen und Malta ab, die den Zugang zur Abtreibung verbieten oder einschränken. Außerdem werden Regierungen gerügt, die während der Coronavirus-Pandemie reproduktive Dienste eingeschränkt oder aufgehoben haben.

Diese Abstimmung markiert eine neue Ära in der Europäischen Union und den ersten echten Widerstand gegen eine regressive Agenda, die die Rechte der Frauen in Europa seit Jahren mit Füßen tritt", sagte Matić in einer Erklärung.

Obwohl die Resolution nicht bindend ist und ihre Hauptbotschaft auf einem Konsens beruht, wurde der Text von einer Gruppe konservativer Abgeordneter heftig kritisiert, unterstützt von Pro-Life-Organisationen, die eine erbitterte Anti-Abtreibungskampagne führen.

Die Mitte-Rechts-Partei der Europäischen Volkspartei und die Europäischen Konservativen und Reformisten boten sogar zwei alternative Texte zu Matićs Text an. Beide Optionen besagten, dass Abtreibung und reproduktive Dienstleistungen den einzelnen Ländern überlassen werden sollten, nicht der EU.

Die Empörung über die Matić-Resolution ging über das Europäische Parlament hinaus. In Polen hat Ordo Iuris, eine fundamentalistische Organisation, eine Petition mit dem Titel "Stoppt den Matić-Bericht" veröffentlicht.

Am Donnerstag stimmte eine große Mehrheit der Abgeordneten der EVP-Fraktion, darunter ihr Vorsitzender Manfred Weber, gegen den Text, wie aus einer vom Parlament veröffentlichten Abstimmungsliste hervorgeht.

"Abtreibung ist kein Menschenrecht", sagte Rosa Estaràs Ferragut, eine spanische Abgeordnete der EVP, während der Plenardebatte vor der Abstimmung. "Es könnte ein gesetzliches Recht sein, das in einigen Mitgliedsstaaten akzeptiert wird, aber es ist kein Menschenrecht."

Sie fügte hinzu: "Man kann ein Menschenrecht nicht ideologisieren, das ist keine Demokratie und das ist nicht das, was ich in Europa sehen möchte."

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)